

„Ich habe auch in diesem Augenblick“, jagte er, „die selben Verantwortlichkeitsgefühle für die Schicksale Deutschlands nach außen hin, wie ich sie während der ganzen Zeit meiner Kanzlerschaft gehabt habe. Es wird kein Wort über meine Lippen kommen, das die Fiktion einer Delegation in Lausanne auch nur im geringsten irgendwie erfüllen wird. Ich halte es für meine Pflicht, in diesem Augenblick das Gegenteil zu tun von dem, was die sogenannte nationale Opposition in den kritischen Augenblicken der Vergangenheit getan hat, in einem Augenblick, wo Deutschland vor einem Jahr zusammenzubrechen drohte und in den schwierigsten und entscheidendsten Verhandlungen in Paris und London, als sie damals ein Telegramm schickte, ich sei Schritt der Boden geebnet wurde, als es Schritt für Schritt vorwärts ging in den stillen außerpolitischen Verhandlungen. Damals wußte man nichts anders gegen mich vorzubringen in der Außenpolitik, als daß ich nicht verhandlungsfähig sei. Das hat mich persönlich in keiner Weise gestört. Wenn es Tag für Tag in den Zeitungen über Opposition wiederholt wurde und wenn ich Tag für Tag als Bundesratsvertreter ergründet wurde, so habe ich deswegen keine Zeitung verboten. Aber über seine Ziele sicher und unerschütterlich ruhig ist, der wird nicht nervös über jeden Zeitungsangriff. Sie werden es verstehen, daß ich in dieser Stunde darauf verzichten muß, über die Außenpolitik Meinungen zu machen. Meine Grundeinstellung haben Sie gehört, für uns alle, die mit uns gehen wollen, gibt es in jedem Augenblick die Möglichkeit, an den Verhandlungen in der Außenpolitik nur teilzunehmen, was es heißt, und das heißt, daß die Außenpolitik nicht über die Tatfrage hinausgeht. Die Parteien in diesem Augenblick nicht über die Tatfrage hinaus, die hier und da verlost worden ist, ich möchte mir auch nicht die Kreise der Rechtspresse nach ihrer Richtung zu eigen machen, ich will vorerstige sein, als es die Rechtspresse in anderer Beziehung in den letzten Tagen gemacht ist, aber das eine will ich in dieser Stunde hinzufügen: bleibt die deutsche Delegation auf der Linie, die vorher vorgezeichnet und festgelegt ist, so wird sie die Unterstützung der Zentrumspartei auch in Zukunft behalten in diesem Punkte. Macht man aber teilweise Unentschiedenheiten oder fällt man das Bedürfnis, sich dieselbe hier und da zu interessant zu machen, dann muß ich darauf aufmerksam machen — und ich bin mir dessen bewußt, was ich spreche —, daß das, was konstatiert wird, das aber nicht notwendig gemeint sein sollte zu konstatieren, die nationale Rechtsopposition im neuen Reichstag diesmal für sich allein annehmen muß.

So wie früher geht es nicht noch einmal. Wir sind an der Spange der Reparationskreditlinie, die zum Youngplan führte, als Partei und in der Regierung nicht beteiligt gewesen. Herr Kaas hat wiederholt seine harten Bedenken geäußert. Wenn die Reparationskreditlinie ist und kleiner Schaden mit Verjährungsfrist über die internen Vorgänge, die zum Youngplan geführt haben, angetrieben werden kann, dann werden wir einmal den Schleier wegziehen, der heute noch vor der Wahrheit und Gerechtigkeit der vergangenen vier Jahre liegt.

So sprach Brüning, und wir zweifeln nicht daran, daß er mit diesen Worten nicht nur den Beifall der gesamten Zentrumsfraktion, sondern auch weit über ihren Kreis hinaus Anerkennung findet. Die „Kölnische Zeitung“ bezeugt das, wenn sie an der, wie sie sagt, „formvollendeten, im Ausdruck maßvollen, aber von hartem Temperament getragenen Rede“ in Köln „die völlige Fairness Brüning's seinen Gegnern gegenüber“ hervorhebt und bemerkt, daß die Opposition, wie er sie führt, stets sachlich blieb und jede verlegende Schärfe vermied, obwohl er mitunter scharf im Angriff und ironisch in der Abwehr geworden ist, und daß gerade seine maßvolle Beherrschung geeignet war, auch bei Andersdenkenden Sympathien zu erwecken. Das liberale Blatt fügt noch hinzu, die Rede habe gezeigt, daß es auch heute — trotz der ungeheuren politischen Erregung — noch möglich ist, unter Verzicht auf grobe Effekte, allein mit den erlaubten Waffen geistiger Auseinandersetzung Erfolge zu erzielen.“ So vorbildlich, wie Brüning den Wahlkampf, den Kampf gegen die Regierung und die Gegner des Zentrums führt, so möge er überall geführt werden. Diese Art entspricht bedächtig Zentrums-tradition. In einer Zeit, wo Mord und Totschlag unter politischen Gegnern auf der Tagesordnung ist, wo der Radikalismus mit Wuchstalgewalt und Leiden-schaftlicher Aufreizung der Massen zur Herrschaft, zur Macht in Deutschland zu kommen trachtet, da gilt es zu zeigen, daß die Superiorität des Geistes, der anständigen Enkulturation und christlicher Art und Sitte doch noch verstanden Wert hat und zu segnen weiß.

Listenver-bindungen. Die Bemühungen der kleinen bürgerlichen Parteien um Zusammen-schluß und, da er nicht zu erreichen war, um Listenverbindung haben zu einem ersten Erfolge geführt. Die Deutsche Volkspartei hat sich verpflichtet, ihre Reststimmen aus den Wahlkreisen der Reichsliste der Deutschen Volkspartei zuzuführen, und sie hat dafür die Zustimmung erhalten, daß sie von dieser Liste her bis zu acht Mandaten erhalten wird, je nach der Anzahl ihrer Reststimmen. Für je 60 000 Stimmen wird einer von den acht Volksparteikern, deren Namen auf die deutschnationale Reichsliste gesetzt werden, ein Mandat erhalten. Dieses Abkommen ist ein Ausdruck der Hoffnungslosigkeit, die in der Leitung der Deutschen Volkspartei in diesem Wahlkampf herrscht. Die Partei wird zwar in den Wahlkreisen eigene Listen aufstellen und diese Listen auch in den Wahlkreisverbänden selbstverständlich miteinander verbinden. Aber das Vertrauen auf einen Erfolg in den Wahlkreisen ist doch so gering, daß man befürchtet, alle Stimmen oder doch ein größerer Teil von ihnen könnten verloren gehen, wenn man sich nicht noch durch einen Pakt mit einer anderen Partei sichern würde. Das jetzt abgeschlossene Abkommen ist, wie man anerkennen muß, ein geschickter Schachzug gegen die Bestimmung des Wahlsieges, daß einem Reichswahlvor-schlag nicht mehr Mandate zugeteilt werden können, als auf ihn angeschlossenen Reichswahlvorschläge ent-fallen. Es ist dabei nicht nötig, daß alle dem Reichs-wahlvorschlag angeschlossenen Reichswahlvorschläge auch miteinander verbunden werden. Und so werden die Deutsche Volkspartei und die deutschnationale Volks-partei in den Wahlkreisen und Wahlkreisverbänden für sich vorgehen. Nur reißt die Deutsche Volkspartei keinen eigenen Reichswahlvorschlag ein, sie schließt vielmehr ihre Reichswahlvorschläge dem deutschna-tionalen Reichswahlvorschlag an, auf dem, wie gesagt, acht Volksparteier Unterstützung finden. Bei den letzten preussischen Landtagswahlen sind noch 330 000 volksparteiliche Stimmen abgegeben worden. Sehr viel mehr wird die Deutsche Volkspartei am 31. Juli aus dem ganzen Reich wohl kaum bekommen. Ob sie noch in einem Wahlkreisverband einen Abgeordneten durch-bringt, ist sehr zweifelhaft. Um von der deutschna-tionalen Reichsliste her acht Mandate zu erhalten, müßten 480 000 volksparteiliche Stimmen abgegeben werden. Die deutschnationalen riskieren bei diesem Abkommen nichts. Wenn aber von volksparteilicher Seite erklärt wird, daß die auf der deutschnationalen Reichsliste gewählten volksparteilichen Abgeordneten „ihre volle Entscheidungsfreiheit“ nach der Wahl behalten, so scheint das nach einer deutschnationalen parteiamtlichen Mitteilung über die Listenverbindung doch nicht zu stimmen. Denn danach hat die Deutsche Volkspartei vorher sich gegenüber Eugenberg verpflichtet, daß sie keine Regierungskoalition unterstützen werde, „deren Bildung und Bestand vom Zentrum und der Sozialdemokratie abhängig ist.“ Der Pakt hat also nicht nur den Zweck einer möglichst restlosen Auswertung der volksparteilichen Stimmen für die Partei selbst, sondern er liegt auch auf der zentrums-feindlichen und betont antiparlamentarischen Linie der Rechten, die immer deutlicher sichtbar wird und auch bei den Wagnissen gegen Brüning im Laufe des letzten Jahres schon erkennbar war. Andere Listenverbindungen sind, abgesehen von einer solchen zwischen dem Christlichen Volksdienst und den Deutsch-Hannoveranern, noch nicht parteiamtlich bekannt gegeben worden, wenn auch von einer dem deutschna-tional-volksparteilichen Abkommen ähnlichen Abmachung zwischen der Landvolkspartei und den Nationalsozialisten geredet wird. Das Zentrum ist auf den Vorschlag einer Listenverbindung mit der Staatspartei nicht eingegangen. Das ist gut so. Das Zentrum würde davon doch kaum Nutzen gehabt haben. Aber auch der staatsparteiliche Wählerkreis würde wenig damit gewinnen, wenn auf solche Weise zwei oder drei staatsparteiliche Abgeordnete in den Reichstag kämen. Die würden ja dort doch nur eine ganz be-dingungslose Gruppe darstellen. Andererseits hätte eine Listenverbindung des Zentrums mit einer ihr rechts-anhänglich durchaus entgegengelegten Partei leicht in hervorrufen und damit eine Schwächung des Zentrums-tums herbeiführen können. Den Interessen des Bürger-tums aber, daß der Nationalsozialismus ab-

Bessere Aussichten für die französische Regierung.

Aufruf Herriots an das französische Volk.

(Paris, 4. Juli.)

Ministerpräsident Herriot hat am Montagabend folgenden Aufruf an das französische Volk erlassen:

„Ich lehre nach Lausanne zurück, um dort nach bestem Können im Interesse Frankreichs und des Friedens die schweren Verhandlungen zu Ende zu führen. Ich hätte es vorgezogen, nach den wichtigsten Vorfällen der letzten letzten Tage nicht nach dort zurück-zufahren. Aber ich lasse mich nicht beirren und ich bewahre die Ruhe, die ich brauche. Unsere Re-gierung, die sich ihrer Pflicht bewußt ist, steht sich einer unantastbaren Aufgabe gegenüber, die sie nicht imminenter wirtschaftlicher Schwierigkeiten, und gerade um diese Schwierigkeiten zu beheben, muß sie das Gleichgewicht des laufenden Haushalts wie-derherstellen und die Bedürfnisse der Staatskasse bedenken. Ich habe mir im Laufe der letzten Woche darüber Rechenschaft abgelegt, daß dieses Werk unerläßlich ist. Die Augen auf dieses Ziel gerichtet, werde ich mich nicht einschüchtern lassen, wenn ich auch weiß, daß ich unangenehme Maßnahmen vorschlagen werde, die ich als notwendig ansehe. Die Pflicht verlangt jedoch, daß sie unverzüglich durchgeführt werden. Ich erwarte von meinen Gegnern, daß sie sie mit Mut entgegennehmen, ebenso wie die Regierung selbst bringende, gebietende, wenn auch oft harte Notwendigkeiten annimmt. Ich habe Vertrauen in das Parlament und in die Nation.“

lehnt und das Vertrauen zu ihren früheren Partnern verloren hat, ist es für die Regierung, wenn eine Partei, wie das Zentrum mit seiner Tradition des wirtschaftlichen und sozialen Ausgleichs, seiner vaterländischen und verfassungsmäßigen Überverlässigkeit und seiner Zelo-ranz gegenüber den andern Völkern in möglichst starker und Geschlossenheit in den neuen Reichstag ein-zieht, als wenn diese Partei kraftvoller Fraktion der Mitte noch ein paar kleine Grüppchen herumgeifert, die zusammen nicht einmal Fraktionsstärke bekommen. Mit versprengt im Felde umherirrenden Soldaten kann man keinen Erfolg erringen. Soll ein vernünftiges, gemäßigtes, autoritäres demokratisches System erhalten bleiben, sollen radikale Experimente vermieden werden, dann muß zwischen den sozialistischen Milieus des neuen Reichstages eine starke bürgerliche Partei unter bedächtigter Führung stehen. Und dafür kommt heute keine andere Partei mehr in Frage als das Zentrum, das in Heinrich Brüning einen Führer hat, dessen Überverlässigkeit, sittlicher Ernst und politische Kenntnisse und Fähigkeiten auch von seinen Gegnern nicht be-stritten werden.

Das deutsche Für und Wider.

(Fortsetzung von der 1. Seite.)

Reichstagsler von Papen hat also nicht für das, was er glaubt, unterschreiben zu können, das ganze Volk hinter sich. Die halb deutsche, halb deutschnationale Richtung ist zu mindig gegen ihn. Ebenso steht es um die Kreise, die von der „Berliner Börsen-zeitung“ vertreten werden. Dieses Blatt, seit mehreren Wochen im nationalsozialistischen Kampfwasser schwimmend, führt u. a. aus: Bei gewissenhafter Prüfung aller Faktoren könne für die deutsche Delegation nur der Grundgedanke maßgebend bleiben, endgültig Schluß mit dem System politischer Zahlung zu machen. Die Regierung müsse und werde sich klar sein, daß

das deutsche Volk in seiner überwältigenden Mehrheit keine Regierung mehr dulden werde, die das bisherige unerträgliche Tributspiel fortsetzen würde.

Ob die „Berliner Börsenzeitung“ zu dem unerträglichen Tributspiel auf einen deutschen Beitrag zu einem euro-päischen Wiederaufbau hinzunimmt, läßt sie mit Bestimmtheit nicht. Es muß jedoch angenommen werden, daß sie jede Zahlung ablehnt und somit auch dem Kabinett von Papen den Kampf anzeigt, wenn die deutsche Delegation mit dem Angebot von 2 Milliarden nach Berlin zurück-zufahren sollte.

Wesentlich anders eingestellt als die genannten Blätter ist die „Deutsche Allgemeine Zeitung“, die zur Zeit als offizielles Regierungsorgan an-gesehen werden kann. Im Leitartikel wird die Frage an-gegriffen, ob eine in Lausanne zu schließende Verein-barung innerpolitisch erträglich sei, ob ins-besondere die nationalsozialistische Partei in der Lage sein werde, ihr im Parlament zuzustimmen. Die Antwort der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ auf diese Frage lautet:

Wenn das Abkommen so aussieht, wie wir es als deutsche Forderung gekennzeichnet haben (das heißt 2 Milliarden für den Wiederaufbau und Befestigung der Disziplinierung), so bejahen wir diese Frage und halten eine große Reichstagsmehrheit zur Ratifizierung für wahrscheinlich.“

Der gleichen Zeitung wird aus Genf gemeldet, daß das deutsche Angebot tatsächlich 2 Milliarden betrage, daß man jedoch vor der Frage stehe, ob eine In-zahlung oder eine feste Zahlung vom deutschen Standpunkt vorzuziehen sei. Das Blatt ist für einen Ein-bau eines Faktors der Sicherheit, das heißt für eine Zahlung, die an einen Index gebunden ist. Im übrigen meint der Vertreter der „Deutschen All-gemeinen Zeitung“:

„Wir haben zu der deutschen Abordnung das Ver-trauen, daß sie mit einer vernünftigen, tragbaren, end-gültigen Lösung nach Hause kommen wird, eine Einlösung, die eine völlige Streichung der Tribute und einen tra-gbaren, angemessenen Beitrag zu den allgemeinen Kosten des europäischen Wiederaufbaues allein übrig läßt. Die wirtschaftlich gegenwärtigen Folgen eines solchen Ergebnisses würden allein schon genügen, um das gesamte Leben der Nation, ihr innerpolitisches und ihr außen-politisches, auf eine feste Grundlage zu stellen.“

Wir halten diese Zuversicht für etwas optimistisch. Selbst wenn die deutschen Gegenvorschläge in Lausanne von den Franzosen angenommen werden sollten, so hat das Kabinett von Papen mit seinen Gegnern in der Heimat zu rechnen, wie die oben mitgeteilten Pressestimmen zur Genüge beweisen; solange der Bestand der Reichsregierung von den Nationalsozialisten abhängig ist, wird es weder innerpolitisch noch außen-politisch Ruhe geben. Nur wenn das deutsche Volk am

Die finanzgesetzentwürfe werden erneut geprüft.

(Paris, 4. Juli.)

Am Montagabend trat ein Ministerrat unter dem Vorsitz des Staatspräsidenten Laval zusammen, um sich mit dem Finanzprogramm der Regierung und mit der Lage in Lausanne zu beschäftigen.

Am Finanzaußenminister der Kammer verteilte Herriot und der Haushaltsminister Palmade das Finanzpro-gramm und klärten den Ausschuss über die finanzielle Lage der Staatskasse auf. Sie betonten die Notwendig-keit, in kürzester Frist die für die Wiederherstellung des Haushaltsgleichgewichts notwendigen Maßnahmen zu treffen. Herriot betonte dabei, daß die Regierung drei Ziele: Regelung der Reparationsfrage, Regelung der Abfertigungsfrage und Ausgleich des Haushaltes, verfolge. Es sei ihm unmöglich, das Finanzprogramm in der vom Ausschuss abgeänderten Form vor die Kammer zu bringen. Er bitte deshalb um eine zweite Beratung der Regierungsvorschläge in enger Zusammen-arbeit mit Palmade. Die auf Grund dieser Zu-sammenarbeit aufgestellten Vorschläge sollen in der Kammer zur Beratung gelangen, sobald die Lausanner Kon-ferenz ihm die Möglichkeit zur Rückkehr nach Paris bietet. Der Finanzaußenminister beschloß darauf, das Haushalts-minister erneut anzufragen. Herriot wird auf alle Fälle am Montagabend nach Lausanne abreisen, wo seine Anwesenheit dringend notwendig geworden ist.

31. Juli durch den Stimmzettel dazu beiträgt, daß die nationalsozialistische Plut zur Lagebräut, kann davon die Rede sein, daß die politischen und damit auch die wirt-schaftlichen Verhältnisse wieder einer Besserung entgegen-gehen.

Maskierung der 4 Milliarden.

CNB Lausanne, 4. Juli.

Gegenüber französischen Pressevertretern soll der fran-zösische Finanzminister Germain-Martin erklärt haben, daß er die Ziffer von vier Milliarden Mark als sein letztes Wort betrachte. Doch scheint man jetzt im gegnerischen Lager zu versuchen, diese Ziffer durch eine Aufteilung in die von deutscher Seite als eventuelle tragbar bezeichnete zugleich der Rückstände aus dem Hooverjahr zu maskieren. Entsprechendes ist aber kaum vor Beendigung der morgen früh stattfindenden Be-sprechung Herriot-MacDonald zu erwarten, bei der die heute vormittag noch einmal brieflich fliggierten und dem englischen Premierminister überreichten deutschen Einwendungen und Anregungen als Grundlage dienen werden.

Italien für „Schwamm darüber“.

(Lausanne, 4. Juli.)

Der italienische Außenminister Grandi hat dem Lau-sanner Vertreter des „Reich Parisien“ eine Erklärung übergeben, in der u. a. folgendes ausgeführt wird:

Die einzige mögliche Lösung, die im Interesse aller liegt, ist nach den dreiwöchentlichen Verhandlungen der Konferenz nur die Lösung „Schwamm darüber“. Die Lau-sanner Konferenz war nicht einberufen worden, um zukünftige Zahlungen zu sichern, die nur die anormale und künftige Lage der Gegenwart weiter aufrecht er-halten und verschärfen könnten, sondern um die uner-läßliche Rückkehr zum Vertrauen und die Wie-deraufnahme des allgemeinen Handels-verkehrs zu ermöglichen. Die Moratoriumserklärung der Lausanner Konferenz vom 16. Juni, durch die die Re-parations- und Kriegsschuldenszahlungen zwischen den europäischen Mächten aufgehoben wurden, hat den leicht einzufliegenden Weg gezeigt. Dieser Weg muß jetzt zu Ende gegangen werden. Die Regelung, die auf der Konferenz gefunden wird, muß eine endgültige Re-gelung sein. Die Annulierung der Zahlungen muß sich auf sämtliche europäischen Gläubiger- und Schuldner-mächte erstrecken. Nur auf diese Weise kann eine allge-meine Regelung vorbereitet werden, auf die in der Mo-ratoriumserklärung vom 16. Juni hingewiesen wird. Es ist jetzt der Augenblick gekommen, die Worte des Evan-geliums anzuwenden: „Vergib uns unsere Schuld, wie wir vergeben unsern Schuldigern“.

Die Berliner Spitzenkandidaten des Zentrums.

(Berlin, 2. Juli.)

Der Wahlkreis Berlin der Zentrumspartei hat, wie die „Germania“ mitteilt, in seiner heutigen Sitzung ein-stimmig beschlossen, Reichstagskand. A. Dr. Brüning als Spitzenkandidat für die Reichstags-wahl zu nominieren. An zweiter Stelle des Wahlvorschlages steht der bisherige Berliner Zentrums-abgeordnete Dr. Heinrich Krone, an dritter Stelle Generalsekretär Smitt von den katholischen Arbeiter-vereinen.

Am Wahlkreise 4, Potsdam 1, ist ebenfalls Reichstagskand. A. Dr. Brüning als Spitzenkandidat nominiert worden. An zweiter Stelle steht hier General-sekretär Großb., Mittelhanssen.

Auch in Helsen-Rajau ist Dr. Brüning ein-stimmig die Spitzenkandidatur übertragen worden. Es folgen dann die bisherigen Abgeordneten Professor Dr. Deffauer und Mittelhanssen Schwarz (Frank-furt a. M.).

Nationalsozialistische Terrorakte in Oesterreich.

Schwere Zwischenfälle in Wien.

(Wien, 3. Juli.)

In der burgundischen Hauptstadt Elfenstadt kam es heute anlässlich eines nationalsozialistischen Aufmarsches zu schweren Zusammenstößen mit Sozialdemokraten. Die Nationalsozialisten haben nach privaten Meldungen das Elfenstädter Arbeiter-haus gestürmt und sollen dort Verwundungen an-gestrichelt haben. Da das Gendarmerieaufgebot nicht ausreichte, rückte Bundesheer mit Ma-schinengewehren aus. Es wurden zahlreiche Ver-letzte gemeldet, darunter der Landeshaupmann-Stellvertreter Kaiser und der Gendarmeriechef. 30 an den Schlägereien Beteiligte wurden festgenommen.

(Wien, 3. Juli.)

Die von der Polizei wegen des Angriffs auf den Gollub im Rainer Kurpark durchgeführten Erhebun-

gen haben den dringenden Verdacht ergeben, daß Nationalsozialisten auf Grund einer Vereinbarung daran teilgenommen haben. Der Verdacht, den Ueberfallplan ausgearbeitet zu haben, richtet sich gegen den nationalsozialistischen Bezirksrat Franz Wanel und den Graphiker Anton Bühr, beide Sturmführer im vaterländischen Schutzbund. Franz Wanel ist geflüchtet, Bühr wurde verhaftet und hat gestanden, den Ueberfall geleitet zu haben. Ferner wurde eine Anzahl von Nationalsozialisten der Polizei überstellt. Bei Wohnungsburchsuchungen wurden Waf-fen gefunden.

Englische Sonderzölle gegen Irland.

(Lausanne, 4. Juli.)

Der Staatssekretär für die Dominions, Thomas, er-klärte im Unterhause zur Begründung einer eingebrachten Vorlage über die Sonderzölle auf eingeführte irische Waren: Die Erhebung dieser Sonderzölle wird eingestellt werden, sobald der England vom irischen Freistaat geschuldete Betrag erreicht ist. Thomas teilte ferner mit, aus der Valeras Antwort gehe unzweifelhaft hervor, daß dieser entschieden ein Schieds-gericht ablehne, das sich nur aus Vertretern des britischen Reiches zusammensetze und daß er eine Be-seitigung des englisch-irischen Vertrages erstrebe. Der britischen Regierung bleibe daher nichts anderes übrig, als heute, wie dies bereits vorgelesen sei, die angekündigte Entschädigung über die Erhebung von Sonderzöllen auf irische Waren im Unterhause ein-zubringen.

Räuber-Unwesen im Berliner Tiergarten.

(Berlin, 3. Juli.)

Um Mitternacht wurde im Tiergarten der 39 Jahre alte Diplom-Kaufmann Rajewski aus Wien an der Großen Querallee im Tiergarten von zwei unbe-kannten Männern überfallen. Sie traten an ihn heran und forderten ihn auf, sofort sein Geld heraus-zugeben. Als der Kaufmann sich weigerte und Anstalt traf, sich zur Wehr zu setzen, fielen die beiden Verbrecher über ihn her. Während der eine mit einem Schlagring auf den Mann einschlug, zog der andere ein Messer und traf Rajewski ins linke Auge. Rajewski zusammen. Die Räuber beugten sich über ihn und entriß ihm die Brieftasche mit mehr als 200 Mark Bargeld, den Reispag, die goldene Uhr und Kette. Nachdem sie ihrem Opfer noch einige Fußtritte ver-setzt hatten, flüchteten sie. Auf die Hilfe des Ueberfall-ten eilte eine Schupostrafe herbei, die flüchtenden Täter waren aber schon vorher durch den dunklen Busch ge-laufen, so daß sie nicht mehr eingeholt werden konnten. Der Ueberfallene wurde sofort in die Augenklinik in der Regelfstraße gebracht. Sein Auge dürfte kaum zu retten sein. Leider kann der Ueberfallene die Räuber nicht genau beschreiben, denn die Burken hatten für ihre Schandtaten eine möglichst dunkle Stelle gewählt. Eine Zeitlang hatte der verärrte Streifenfang der Schupos das lichtglaue Tiergarten-Gelände verlagert, in der letzten Zeit mehren sich aber die Ueber-fälle wieder. Rajewski war auf der Reise von Bonn nach seiner Heimatstadt Wien.

Leprakranke dringen in rumänische Ortschaft ein.

(Bukarest, 3. Juli.)

In die Stadt Jacea drangen heute 25 Lep-ra-kranke ein, die in der Nacht die Stadt aus der gefürch-ten Leprosen-Ortschaft Jacea geflüchtet hatten. Die Bewohner sperren sich sofort in ihre Häuser ein, um mit den Kranken nicht in Berührung zu kommen, die sich vor Hunger und Erschöpfung kaum vorwärts schleppen konnten. Man reichte ihnen Nahrungs-mittel durch die Fenster und stellte ihnen Wasser vor die Haustore. Die Kranken erzählten einem Vollgeposten, daß die Leprosen seit Wochen ohne Nahrungs-mittel und Geld geblieben sei. Der Prä-sident der Provinz, der Gendarmeriekommandant, ein Arzt sowie ein starker Gendarmerie-Kommando wurden herbei-gerufen und die Leprosen gleich am Abend unter starker Bewachung in die Leprosenstation zurückgebracht. Beim Vertransport spielen sich herzerregende Szenen ab. Die Bevölkerung hat zur Lindeung der Not der Lepra-kranken Geld gesammelt.

Der Unabhängigkeitsfeiertag in USA 135 Todesopfer.

(Newport, 4. Juli.)

Der Unabhängigkeitsfeiertag forderte wiederum im ganzen Land viele Todesopfer. Bei Kraftwagen- und Bootsunfällen sowie beim Abbrennen von Feuerwerk und bei Schießereien kamen 135 Personen ums Leben. Außerdem wurden an dem Feiertag in den Bergen Kentucks mehrere Blutscheiben ausgetragen, wo-bei zehn Personen getötet und acht verletzt wurden.

Der neue Vulkan ausbruch in den Anden.

(London, 4. Juli.)

Nach Meldungen aus Santiago de Chile sind außer dem Vulkan Quizapu auch die Vulkane Descabe-gabe, Grande und Blancos in Tätigkeit getreten. Die Rauchgassen erreichen eine Höhe von mehr als 1000 m und verdundelten den Himmel. In vielen Städten, dar-unter auch Santiago de Chile und Valparaiso, hat heftige Aschenregen niedergefallen. Ein weltes Gebiet, das sich von San Fernando bis Talca erstreckt, ist von einer weißen Aschenwolke bedeckt. Die Asche ist be-deutend gröber als die bei den letzten Vulkanaus-brüchen im April und reicht fast nach Schmöf. Auch Valparaiso, auf der argentinischen Seite der Anden, wurde mit Asche überhüllt. Viele Städte, darunter einige von den Vulkangebieten weit entfernte, wie die Küstenstadt San Antonio, mußten infolge der Verbun-delung des Himmels durch die Aschenwolken am hellen Tag die elektrische Beleuchtung einschalten. Ein großer Teil der Bevölkerung ist aus dem vulkanischen Gebiet entflohen. Die Vulkanasche waren von einer festigen Kälteperiode begleitet. Die Ausbrüche haben am Sonntag plötzlich wieder aufgehört, nur aus dem Quizapu zeigt sich noch eine leichte Rauchwolke.

Kleine Nachrichten.

Reichspräsident von Hindenburg wird seine an-geforderte Reise nach Neudorf heute abend antreten.

Wie der Reichsgerichtspräsident des Reichs, dürfte die Entscheidung des 4. Strafenates des Reichsgerichts in der Frage des Verboles der „Kölnischen Volkszeitung“ erst heute zu erwarten sein.

In einer Erwerbslosenversammlung in Karlsruhe wurde der Beschluß gefaßt, bei den kommenden Reichs-tagswahlen unter dem Namen „Schicksalstage“ die meiste deutsche Erwerbslosen mit einer eigenen Kandidatenliste hervorzutreten.

11.: Wfe-
12.: Wfe-
13.: Wfe-
14.: Wfe-
15.: Wfe-
16.: Wfe-
17.: Wfe-
18.: Wfe-
19.: Wfe-
20.: Wfe-
21.: Wfe-
22.: Wfe-
23.: Wfe-
24.: Wfe-
25.: Wfe-
26.: Wfe-
27.: Wfe-
28.: Wfe-
29.: Wfe-
30.: Wfe-
31.: Wfe-
32.: Wfe-
33.: Wfe-
34.: Wfe-
35.: Wfe-
36.: Wfe-
37.: Wfe-
38.: Wfe-
39.: Wfe-
40.: Wfe-
41.: Wfe-
42.: Wfe-
43.: Wfe-
44.: Wfe-
45.: Wfe-
46.: Wfe-
47.: Wfe-
48.: Wfe-
49.: Wfe-
50.: Wfe-
51.: Wfe-
52.: Wfe-
53.: Wfe-
54.: Wfe-
55.: Wfe-
56.: Wfe-
57.: Wfe-
58.: Wfe-
59.: Wfe-
60.: Wfe-
61.: Wfe-
62.: Wfe-
63.: Wfe-
64.: Wfe-
65.: Wfe-
66.: Wfe-
67.: Wfe-
68.: Wfe-
69.: Wfe-
70.: Wfe-
71.: Wfe-
72.: Wfe-
73.: Wfe-
74.: Wfe-
75.: Wfe-
76.: Wfe-
77.: Wfe-
78.: Wfe-
79.: Wfe-
80.: Wfe-
81.: Wfe-
82.: Wfe-
83.: Wfe-
84.: Wfe-
85.: Wfe-
86.: Wfe-
87.: Wfe-
88.: Wfe-
89.: Wfe-
90.: Wfe-
91.: Wfe-
92.: Wfe-
93.: Wfe-
94.: Wfe-
95.: Wfe-
96.: Wfe-
97.: Wfe-
98.: Wfe-
99.: Wfe-
100.: Wfe-

Waffah-

Waffah-

Waffah-

Waffah-

Waffah-

Waffah-

Waffah-

Waffah-

Waffah-

Waffah-

Waffah-

Waffah-

Waffah-

Waffah-

Waffah-

Waffah-

Waffah-

Waffah-

Waffah-

Waffah-

Waffah-

Waffah-

Waffah-

Waffah-

Waffah-

Waffah-

Waffah-

Waffah-

Waffah-

Waffah-

Waffah-

Waffah-

Waffah-

Waffah-

Waffah-

Waffah-

Waffah-

Waffah-

Waffah-

Waffah-

Waffah-

Waffah-

Waffah-

Waffah-

Waffah-

Waffah-

Waffah-

Waffah-

Waffah-

Waffah-

Waffah-

Waffah-

Waffah-

Waffah-

Waffah-

Waffah-

Waffah-

Waffah-

Waffah-

Waffah-

Waffah-

wissenschaftlich erprobten Erkenntnissen, die eine erfolgreiche
Behandlung des erkrankten Fußes gewährleisten.

